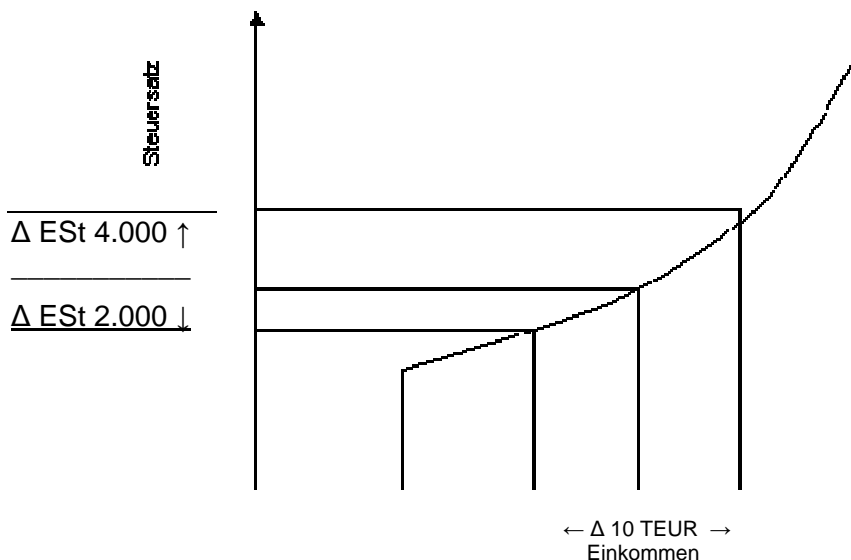


Hinweise zum Vortrag Steuern und Online-Handel

Einkommensteuer

Wer im Inland einen Wohnsitz/Betriebsstätte/Sitz der Gesellschaft hat, ist im Inland steuerpflichtig (Betriebsstättenprinzip). Dort wo der hauptsächliche Tätigkeitsschwerpunkt ist, ist i.d.R. der Sitz der Gesellschaft. Bei grenzüberschreitenden Aktivitäten greifen Doppelbesteuerungsabkommen, wonach i.d.R. der Gewinn/Verlust der einzelnen Betriebsstätten im jeweiligen Land nach jeweiligen Landesvorschriften zu ermitteln ist, und der jeweiligen nationalen Besteuerung zu unterwerfen ist. Deshalb wird i.d.R. in jedem Land mindestens eine nationale Gesellschaft geführt, welche nach nationalen Vorschriften den Gewinn ermittelt und die jeweiligen nationalen Steuern zahlt. Dadurch wird die doppelte Ermittlung von Gewinnen nach verschiedenen Rechten vermieden.

- Die selbständige nachhaltige Tätigkeit im Online-Handel ist immer eine gewerbliche Tätigkeit nach § 15 EStG, welche auch der Gewerbesteuer unterliegt (OFD Hannover Verfügung vom 03.06.2004).
- Es gibt keine Freigrenze bei der Einkommensteuer für „Geringfügigkeit“. Verluste sind rück- und vortragbar nach § 10d EStG. Der Rücktrag ist beim Steuerpflichtigen bis zu 511.500 Euro, bei Verheirateten bis zu 1.023.000 Euro, möglich. Insbesondere im Gründungsjahr, soweit Verluste erwirtschaftet werden, sollte vom Verlustrücktrag Gebrauch gemacht werden.
- Beachte in diesem Zusammenhang § 7g EStG (Ansparabschreibung).



Bei gleichem Einkommenszuwachs (z.B. 10 TEUR) steigt der Steuersatz zunehmend an (Progression). Nicht jede Ansparabschreibung ist sinnvoll, weil diese später ggf. höher Besteuert wird.

Hinweise für die Rechnungslegung

Häufig beinhaltet das Shopsystem einen eigenen Buchungskreislauf, welcher in die Finanzbuchhaltung eingespielt wird. Auch hier muss das Programm den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung entsprechen.

Die Buchführung muss klar, übersichtlich und nachvollziehbar sein.

Die Eintragungen müssen in einer lebenden Sprache geschrieben sein und die Beträge der Bilanz sind in Inlandswährung auszudrücken. Alle Geschäftsfälle sind fortlaufend und richtig zu erfassen. Es dürfen keine Geschäftsfälle fortgelassen werden (Grundsatz der Vollständigkeit). Die Bücher müssen Blatt für Blatt oder Seite um Seite fortlaufend nummeriert sein. Der ursprüngliche Buchungsinhalt darf nicht unleserlich gemacht werden. Es dürfen keine Bleistifteintragungen gemacht werden und gespeicherte Daten dürfen während der Aufbewahrungsfrist nicht gelöscht oder überschrieben werden. Zwischen den einzelnen Buchungen dürfen keine leeren Räume gelassen werden. Keine Buchung ohne Beleg, die Belege sind fortlaufend nummeriert aufzubewahren.

Belege, Bücher, Inventare und Bilanzen müssen entsprechend der gesetzlichen Vorschriften aufgehoben werden. Handelsbücher und die sonstigen erforderlichen Aufzeichnungen können auch in der geordneten Ablage von Belegen bestehen oder auf Datenträgern geführt werden. Bei Verwendung von Datenträgern muss dabei jedoch sichergestellt sein, dass die Daten während der Dauer der Aufbewahrungsfrist jederzeit verfügbar sind und innerhalb einer angemessenen Frist lesbar gemacht werden können.

Bei der Gründung eines Unternehmens und am Schluss jeden Geschäftsjahres ist - mit wenigen Ausnahmen - eine Inventur durchzuführen. Dabei sind das Inventar und eine Bilanz aufzustellen.

Kasseneinnahmen und -ausgaben müssen täglich aufgezeichnet werden. Käufe und Verkäufe auf Kredit sind in einem Kontokorrentbuch festzuhalten.

Soweit komplette Buchhaltungsmodule eingearbeitet werden, kann es sinnvoll sein, dies durch einen Bestätigungsvermerk, dass die Buchhaltung den Anforderungen der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entspricht, abzusichern.

Neuere Rechtsprechung:

- Anschaffungskosten für eine Host-Adresse (Domaine) sind nicht steuerlich abzuschreiben, weil es sich um ein nicht abnutzbares Wirtschaftsgut handelt (str. anhängig BFH III R 6/05).
- Selbsthergestellte Software ist grundsätzlich nicht aktivierungsfähig § 248 Abs.2 HGB (nach Verwaltungsauffassung dann, wenn die Quellencodes geändert werden). Umgehung, in dem die Software an ein anderes Unternehmen verkauft; ggf. Rückerwerb.
- Software, Anwendersoftware und Systemssoftware sind jeweils selbständige Wirtschaftsgüter, welche i.d.R. mit fünf Jahren Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Ausnahme Fixware, wo die Software unselbständiger Teil der Hardware ist, wenn die Software mit der Hardware fest verdrahtet ist.
- Gleiches gilt für den Ausnahmefall des sog. Bundling, bei dem die Systemsoftware nur zusammen mit einer bestimmten Hardware ohne Aufteilbarkeit des Entgelts zur Verfügung gestellt wird (BFH 16.02.1990, BStBl. II, S. 794; 28.07.1994 BStBl. II, 873). Dass Systemprogramme ohne eine entsprechende Hardware nicht nutzbar sind oder umgekehrt, ist kein Kriterium der Unselbständigkeit. (Beachte jedoch, dass ein Bildschirm ein unselbständiges WG ist, somit kein GWG).

- Anschaffungsnebenkosten (ANK) im Zusammenhang mit der Implementierung. Reine Installationskosten sind i.d.R. Anschaffungsnebenkosten. Das Customizing und Extensions (Programmerweiterungen) sieht die Finanzverwaltung ebenfalls als Anschaffungsnebenkosten (handelsrechtlich häufig fraglich). Keine ANK sind z.B. die EDV-Schulung des Personals für die Anwendersoftware. Die Aufwendungen für die Schulung des Personals für das Customizing sollen nach Auffassung der Finanzverwaltung ANK darstellen (sehr fraglich, strittig).

Umsatzsteuer

Umsatzsteuerpflichtig sind Lieferungen und sonstige Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt.

Unternehmer ist, wer eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausübt. Die Wiederholungsabsicht ist ausreichend, es bedarf keiner Gewinnerzielungsabsicht.

Umsatzsteuer entsteht durch das Ausführen der Leistung nach § 13 Abs.1 UStG. Es unerheblich, ob die Umsatzsteuer gesondert auf einer Rechnung ausgewiesen wurde. Es ist auch unerheblich, ob steuerlich ein Unternehmen angemeldet worden ist oder nicht. Die Sachverhalts Verwirklichung löst die Steuerpflicht aus.

Ort der Lieferung ist i.d.R., wo die Verfügungsmacht verschafft wird. I.d.R. trägt der Käufer die Gefahr des zufälligen Untergangs bei Lieferung, somit eine Holschuld. Nach § 3 Abs.6 UStG ist der Ort der Lieferung, wo die Beförderung/Lieferung beginnt. Aber auch steuerfrei Ausfuhrlieferungen oder steuerfreie innergemeinschaftliche Lieferungen sind möglich, soweit die Nachweise (Ausfuhrnachweise, Lieferschein, **Empfangsbestätigung**) erbracht werden.

Umsatzsteuererhöhung von 16 % auf 19 % für Leistungen, welche nachdem 31.12.2006 erbracht/ausgeführt werden. Rechnungsstellungs- und Zahlungsdatum ist unerheblich.

Soweit jedoch nur Verkaufsprovisionen (sonstige Leistung) für den Verkauf bezahlt werden, handelt es sich um eine Vermittlungsleistung. Der Ort der Vermittlungsleistung wird grundsätzlich an dem Ort erbracht, an dem der vermittelte Umsatz ausgeführt wurde.

Maßgebend für die Umsatzbesteuerung ist insbesondere die Art des Umsatzes. Wegen der Höhe der Steuer sollten keine Fehler bei der Besteuerung (Voranmeldungen, Jahreserklärung) auftreten.

=> Fazit: Es besteht ein hohes Risiko, soweit keine Umsatzsteuer gesondert ausgewiesen wird. Im Zweifel mit USt ausweisen.

Weitere Fragen beantwortet Ihnen:

WP/StB Ralf Sczepan

CONNECT GmbH

Steuerberatungsgesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Tel. 0341/1245390
FAX 0341/1245399
info@connect-wp.de